



Katholischer Deutscher
FRAUENBUND

KDFB e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Kaesstraße 18
50677 Köln

Tel. 0221/860 92-0
Fax 0221/860 92-79
www.frauenbund.de

Stellungnahme

Virtuell kommunizieren und real partizipieren – Geschlechtergerechtigkeit und Datenschutz im Web 2.0

Vielen Internetnutzer/innen dient die virtuelle Kommunikation verstärkt zur gesellschaftlichen Partizipation. Hinsichtlich privater sowie beruflicher Interessen und ebenso in Bezug auf die Integration in das soziale Leben spielen Netzwerke im Internet und Informationen aus dem Web eine zentrale Rolle.

Die aktive Nutzung dieser Form der Kommunikation setzt jedoch Möglichkeiten zur **Teilhabe** voraus. Es liegt sowohl in den Händen der Politik als auch der Gesamtgesellschaft, angemessene Rahmenbedingungen zu schaffen. Da verschiedene Bereiche wie Bildung und Verbraucherschutz betroffen sind, wird die Digitalisierung von politischer Seite zunehmend als Querschnittsaufgabe wahrgenommen.

Zu diesen politischen Feldern kommt der **Stellenwert des Internets** für das bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement, das immer mehr durch Information und Austausch im Web geprägt ist. Die Übergänge zwischen den politischen, gesellschaftlichen und sozialen Zuständigkeiten sind in Bezug auf das Internet meist fließend. Deshalb gestaltet sich der Umgang mit dem Web für alle gesellschaftlichen und politischen Akteure wie auch die einzelnen Nutzer/innen zunehmend komplexer.

Im Sinne der **Geschlechtergerechtigkeit** im Netz ist besonders der Blick auf die Chancen von Frauen relevant. Die Ungleichheitsstrukturen der realen Gesellschaft spiegeln sich im Netz wider: Während Frauen soziale Netzwerke für private Kontakte und Interessen in Anspruch nehmen, ziehen sie aus Mitgliedschaften in Karrierenetzwerken wie Xing einen geringeren Gewinn als Männer. Darüber hinaus werden Frauen auch im Internet häufiger zum Opfer sprachlicher Diskriminierung.

Um Hemmschwellen abzubauen und auf die Chancen des Internets zur gesellschaftlichen Partizipation aufmerksam zu machen, bedarf es einer stärkeren **Medienkompetenzförderung**. Die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestags bezeichnet Medienbildung als „immerwährenden Prozess“, der „praxisorientiert“ verlaufen sollte.

Kommunikation im Netz unterstützt das Anliegen von Verbänden und Akteuren, zur Stärkung der Gesamtgesellschaft und des sozialen Zusammenhaltes beizutragen. Vor diesem Hintergrund ist es besonders relevant, Frauen und Männer gleichberechtigt an dieser Entwicklung teilhaben zu lassen. Sie sollen ermutigt werden, das Web 2.0 nicht nur zur Kommunikation im Internet, sondern auch mit dem Ziel der **gesamtgesellschaftlichen Mitgestaltung** zu nutzen.

Trotz zahlreicher Initiativen zur Medienkompetenzförderung bestehen noch immer bei vielen Menschen in Bezug auf die Webnutzung Unsicherheiten. Oft beziehen sie sich auf den Datenschutz, besonders in sozialen Netzwerken. Da nationale Regelungen hier an Grenzen stoßen und vermehrt die europäische oder auch internationale Ebene angesprochen wird, herrscht Klärungsbedarf. Die Sorge um die ungewollte Verbreitung persönlicher Daten wirft die Frage nach dem **Recht auf Selbstbestimmung** auf. Die Enquete-Kommission fordert eine „digitale Selbständigkeit“ für Nutzer/innen, die „reale selbstbestimmte Teilhabe“ aller an der Informationsgesellschaft gewähren soll.

Vor diesem Hintergrund sehen sich viele Nutzer/innen in einem Spannungsfeld zwischen Risiken und Potenzialen. Die Sphären zwischen Eigenverantwortung und politischen Orientierungslinien gehen fließend ineinander über und sind nicht klar definiert.

1. **Der KDFB fordert daher die Bundesregierung dazu auf,**

- geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Netzausbau entschieden voranzutreiben.
- Frauen durch Medienbildungsangebote zu unterstützen, aus der Webkommunikation größeren Nutzen zu ziehen, sowohl in Bezug auf die Vernetzung im Bereich des Ehrenamts als auch auf berufliche Perspektiven.
- Maßnahmen zu ergreifen, die einen sicheren Umgang mit Daten und den persönlichen Rechten im Internet gewährleisten. In diesem Sinne gilt es auch, Unsicherheiten durch eine allgemeinverständliche und allen zugängliche Informationskultur zuvorzukommen. Insbesondere ruft der KDFB die Bundesregierung dazu auf, sich in der aktuellen Diskussion um die Reformierung der europäischen Datenschutzrichtlinie 95/46/EG dafür einzusetzen, dass die neue EU-Datenschutz-Grundverordnung nicht hinter die Normierungen des Datenschutzgesetzes (BDSG) zurückfällt. Bürgerinnen und Bürgern muss das Recht zugestanden werden, selbst darüber zu entscheiden, was über sie im Internet gespeichert wird. Dazu müssen sie zum einen darüber informiert sein, was über sie gespeichert ist bzw. wird (§ 19 BDSG). Zum anderen muss auch weiterhin das „Recht auf Vergessenwerden“, das das deutsche Datenschutzrecht bereits kennt (§ 20 BDSG), durch die neue EU-Datenschutz-Grundverordnung (Art. 17 des Entwurfs) gewährleistet werden.

- im Sinne echter gesellschaftlicher Partizipation im Internet zu verhindern, dass die geplanten Neuregelungen im Verordnungsentwurf zum Telekommunikationsmarkt der EU die Netzneutralität einschränken.

2. Der KDFB fordert die Kultusministerkonferenz der Länder dazu auf,

- Maßnahmen zur Förderung von Medienkompetenz zu bündeln und besser zugänglich zu machen, um besonders Frauen zu einer noch stärkeren Kommunikation im Internet zu ermutigen. Im Sinne des lebenslangen Lernens sollen alle Generationen die Chance erhalten, einen Zugang zum Internet zu bekommen und es in ihrer individuellen Lebenssituation und nach ihren persönlichen Fähigkeiten zu nutzen.
- ihren Beschluss „Medienbildung in der Schule“ vom 8. März 2012 umzusetzen.
- das Themenfeld „Medienkompetenz“ verbindlich in die Ausbildung von (sozial)pädagogischen und pflegerischen Fachkräften aufzunehmen.

3. Der KDFB fordert alle gesellschaftlichen Akteure, die sich mit der Netzkultur befassen, dazu auf, eine Diskussions- und Netzkultur aufzubauen, die auf authentischer und ehrlicher Kommunikation ohne sprachliche Diskriminierung und verbale Gewalt aufbaut.

4. Der KDFB verpflichtet sich dazu, sich für den Erwerb und die Umsetzung von Medienkompetenz einzusetzen.

Beschluss der Bundesdelegiertenversammlung, 13.10.2013